

*Lachmann, Hannes: Die „Ungarische Revolution“ und der „Prager Frühling“. Eine Verflechtungsgeschichte zweier Reformbewegungen zwischen 1956 und 1968.*

Klartext, Essen 2018, 571 S. (Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa 49). ISBN 978-3-8375-1210-6.

Verflechtungsgeschichtliche Studien bilden schon länger einen festen Bestandteil der historischen Forschung und ihr Erkenntnisgewinn ist zur Genüge nachgewiesen worden. Umso überraschender erscheint es, dass Hannes Lachmanns Arbeit zu den transnationalen Bezügen zwischen den Akteuren der Ungarischen Revolution 1956 und des Prager Frühlings 1968 die erste dieser Art ist, die sich sozialistischen Diktaturen zuwendet. Indem Lachmann die wechselseitige Wahrnehmung dieser zwei „Reformbewegungen“ untersucht, will er neue Erkenntnisse zu Stabilität und Krisenanfälligkeit sozialistischer Herrschaft abseits von national beschränkten oder großmachtbezogenen Ansätzen gewinnen. Dabei bieten sich die gewählten Fallbeispiele insofern an, als den aus den jeweiligen Bewegungen resultierenden Herrschaftskrisen eine relative Stabilität im Nachbarland gegenüberstand.

So einleuchtend wie dieses Untersuchungsdesign am Ende der Studie erscheint, wird es nicht eingeführt. Während der Titel suggeriert, dass vor allem die Reformbewegungen – also alle Reformansätze in beiden Ländern von den frühen 1950er Jahren an – im Fokus stehen, werden in der Einleitung die Krisenmomente als entscheidend für den Erkenntnisgewinn bezeichnet. Somit stellt sich zumindest bei der Lektüre der Einleitung mitunter die Frage, was denn nun eigentlich einander gegenübergestellt werden soll.

Erst im Verlauf der Studie erschließt sich, dass Reformbewegungen und Krisen gleichrangig in den Blick genommen werden und diese Entscheidung auch sinnvoll ist, weil sehr ähnliche Reformansätze in dem einen Fall zu einer Herrschaftskrise, im anderen zu einer Konsolidierung sozialistischer Herrschaft führen konnten.

Lachmann vergleicht zunächst die institutionellen und gesellschaftlichen Gegebenheiten in beiden Ländern im Vorfeld der Ungarischen Revolution und widmet sich in einem weiteren Kapitel der Rezeption der Entwicklungen in Ungarn durch die tschechoslowakische Bevölkerung und Parteiführung. Der zweite Teil der Studie, der die Voraussetzungen des Prager Frühlings und dessen Rezeption in Ungarn behandelt, folgt demselben Schema. Dass Lachmann dabei beide Male die gleichen, klar definierten Analysekategorien verwendet, ist für die Nachvollziehbarkeit des Vergleiches hilfreich, führt aber auch zu Redundanzen.

Eine große Stärke von Lachmanns Studie liegt darin, dass sie die vielschichtigen Verflechtungen in den politischen, institutionellen und gesellschaftlichen Sphären beider Länder gleichberechtigt in den Blick nimmt und darüber hinaus auch die für die weitere Entwicklung wichtigen Unterschiede und Gemeinsamkeiten betrachtet, die erst durch den Vergleich in Erscheinung treten. Dabei zeigt der Autor unter anderem, dass die ungarischen Reformer 1956 deutlich bessere Möglichkeiten hat-

ten, sich außerhalb der Partei zu organisieren und ein gemeinsames Programm zu entwickeln. Auch hätten in Ungarn, bei einer schlechteren Versorgungslage als in der Tschechoslowakei, in der Bevölkerung größere Hoffnungen auf Veränderungen geherrscht. In der tschechoslowakischen Bevölkerung habe sich – nicht zuletzt dank einer Propaganda, die die Aufstände in Ungarn und die Gewalterfahrungen des Zweiten Weltkrieges in einem Atemzug nannte – eher ein Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität entwickelt als der Drang, den ungarischen Revolutionären nachzueifern.

Manches, etwa die Einsichten über den systemstabilisierenden Beitrag der guten materiellen Versorgung in der Tschechoslowakei während der 1950er Jahre, ist nicht neu. Aber Lachmann verknüpft die verschiedenen Faktoren auf neue Art und gelangt so zu einem differenzierteren Bild als bisherige Untersuchungen. Einzig das Argument, dass in der Tschechoslowakei vor allem die konsequente Niederschlagung von Protesten gegen die Währungsreform von 1953 für die geringen Erwartungen an die Reformansätze verantwortlich gewesen sei, greift zu kurz. Schließlich waren es gerade diese Proteste, die zu einer Veränderung der Parteipolitik hin zu einer Orientierung am Lebensstandard der Bevölkerung führten, die wiederum den Glauben an die Reformierbarkeit des Systems fördern konnte.

Im zweiten Teil der Studie bezieht Lachmann die nun zusätzlich zu den Verflechtungen zwischen den Reformprozessen in beiden Ländern bedeutsam werdenden Rückbezüge auf die Ereignisse von 1956 ein, um eine vielschichtige Sicht auf das Jahr 1968 zu entwickeln. Besonders aufschlussreich ist, wie er die komplexe Interpretation der Ereignisse in der Tschechoslowakei sowohl durch die Führungselite der MSZMP (Magyar Szocialista Munkáspárt – Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) als auch durch die ungarische Bevölkerung erläutert. Er zeigt, dass die tschechoslowakischen Reformansätze durchaus auf Sympathien stießen, weil viele Akteure Parallelen zu den Entwicklungen im eigenen Land seit Anfang der 1960er Jahre erkannten. Aus demselben Grund versuchte aber auch vor allem Parteichef János Kádár, auf den tschechoslowakischen Generalsekretär Alexander Dubček einzuwirken. Vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen von 1956 sollte ein militärisches Eingreifen der Sowjetunion verhindert werden, weil man fürchtete, dann auch die eigenen Reformen zurücknehmen zu müssen. Ähnlich wie in der Tschechoslowakei zwölf Jahre zuvor habe der Wunsch dominiert, das Erreichte zu erhalten: Ging es bei der Partei um den Erhalt der Macht, schätzte die Bevölkerung den in den 1960er Jahren erworbenen Lebensstandard.

Lachmanns Untersuchung bringt so eine Reihe wichtiger neuer Erkenntnisse, die einige lange gültige Erklärungsmuster zur Frage nach Stabilität und Krise in sozialistischen Systemen in Frage stellen. Die Komplexität der wechselseitigen Beeinflussung zwischen den Reform- und Krisenprozessen in beiden Ländern widerlegt nicht nur Ansätze, die eine lineare Kettenreaktion von Krisen und Reformen in den sozialistischen Regimen Osteuropas in den Vordergrund stellen, sondern auch solche, die primär den Einfluss der Sowjetunion für die Entwicklungen in den Satellitenstaaten verantwortlich machen. Dieser sei zwar wichtig gewesen, aber in deutlich geringerem Ausmaß als bisher angenommen. Zudem werden einige Entwicklungen, wie eine Eigendynamik des Prager Frühlings, die von den politischen Akteuren ab einem

bestimmten Zeitpunkt nicht mehr aufzuhalten war, erst durch eine Gegenüberstellung mit dem ungarischen Beispiel deutlich. Auch erinnerungspolitische Narrative, die den Kommunismus als den Gesellschaften Osteuropas von außen oktroyiert verstehen, dem sich diese weitgehend wehrlos ausgesetzt sahen, werden zu Gunsten eines wechselseitigen Aushandlungsprozesses zwischen Staat und Gesellschaft in Frage gestellt. Die Aktualität dieser Thematik haben öffentliche Debatten in Ungarn und Tschechien erst kürzlich wieder erwiesen.

Abschließend setzt sich Lachmann für die Anwendung des verflechtungsgeschichtlichen Ansatzes in der Erforschung sozialistischer Diktaturen ein. Auch wenn sich die Herangehensweise für die von ihm gewählten Beispiele als äußerst fruchtbar erwiesen hat, wirft die Übertragbarkeit der Methodik auf andere Zusammenhänge zumindest zwei zentrale Fragen auf: Schließt eine Gegenüberstellung zweier Reform- oder auch Protestbewegungen nicht möglicherweise andere, außerhalb dieser Bewegungen liegende Einflussfaktoren von vornherein aus? Und resultiert daraus nicht auch eine Überinterpretation transnationaler Verflechtungen als monokausaler Erklärungsansatz? Diese Fragen sollten in der Diskussion um die Anwendbarkeit der verflechtungsgeschichtlichen Methodik zumindest mitbedacht werden.

In seiner eigenen Untersuchung begegnet Lachmann dieser Problematik vor allem dadurch, dass er auch strukturelle Faktoren in den Blick nimmt, die nicht primär auf transnationalen Verflechtungen basieren. Damit leistet er einen wichtigen Beitrag für das Verständnis des komplexen Phänomens von Krise und Stabilität sozialistischer Regime. Sein differenziertes Bild des Verhältnisses von Parteiführung und Bevölkerung in beiden Ländern bietet so auch eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten für weitere Forschungen.